

Die Ereignisse im Iran, die USA und das iranische Nuklearprogramm: Kurzanalyse

Gärtner, Heinz

Veröffentlichungsversion / Published Version

Stellungnahme / comment

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Gärtner, H. (2009). *Die Ereignisse im Iran, die USA und das iranische Nuklearprogramm: Kurzanalyse*. (Policy Paper / Österreichisches Institut für Internationale Politik). Wien: Österreichisches Institut für Internationale Politik (oiip). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-58270-2>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kurzanalyse

Juni 2009

**Die Ereignisse im Iran, die USA
und das iranische Nuklearprogramm**

Dr. Heinz Gärtner

- Der politische Kontext
- Die Gefahr eines nuklear bewaffneten Irans
- Der rüstungskontrollpolitische Kontext
- Die Reaktion Obamas
- Die militärischen Optionen der USA
- Wechselhafte amerikanisch-iranische Beziehungen oder Schopenhauers Gleichnis

Die Ereignisse im Iran, die USA und das iranische Nuklearprogramm

Der politische Kontext

Die Demonstrationen für mehr Freiheiten im Iran Mitte Juni 2009 haben auf den ersten Blick mit dem iranischen Nuklearprogramm wenig zu tun. Dennoch zählt der politische Kontext, in dem dieses Programm steht. Das iranische Nuklearprogramm wird von den USA als gefährlich angesehen, weil der Iran als destabilisierendes Regime gilt. Unter der Administration Bush war er Teil der „Achse des Bösen“ und galt als Schurkenstaat. Zur amerikanischen Kritik gehört:

- Die USA vermuten, dass der Iran in der Vergangenheit extreme politische und terroristische Gruppen unterstützt hat und das auch weiterhin tut. Sie verdächtigen den Iran, für verschiedene terroristische Anschläge mit verantwortlich zu sein, wie bei den Anschlägen auf die amerikanischen Marines in Beirut 1983; auf ein Restaurant in Berlin 1992; und auf die Khobar Towers in Saudi Arabien 1996, bei denen 19 U.S. Soldaten starben. Hiezu kommt der Vorwurf, dass der Iran Hisbollah und Hamas unterstützt.
- Die USA nehmen an, dass der Iran die U.S. Verbündeten in der Region Saudi Arabien, Kuwait, Bahrain, Libanon, aber auch Irak schwächen will und verweisen darauf, dass der Iran für Israel eine Bedrohung darstellt.
- Durch die Unterstützung radikaler Gruppen würde der Iran, so die USA, den israelisch-palästinensischen Friedensprozess unterminieren.

Der Vergleich der Haltung der USA zum Iran und zu Indien macht deutlich, wie wichtig dieser politische Kontext für die USA ist. Indien hat Nuklearwaffen und ist nicht Mitglied des Atomwaffensperrvertrages (NPT) und dennoch haben die USA ein Nuklearabkommen mit Indien geschlossen. Die USA halten Indien politisch für vertrauenswürdiger.

Die Gefahr eines nuklear bewaffneten Irans

Was befürchten die USA von einem Iran, der Nuklearwaffen besitzt?

- Der Iran könnte Nuklearwaffen gegen Israel und sogar gegen die USA einsetzen.
- Der Iran könnte Nuklearwaffenmaterial und Raketentechnologie an extreme Gruppen und Terroristen weitergeben und damit die Proliferation von Nuklearwaffen ermöglichen.
- Ein Iran mit Nuklearwaffen könnte politisch aggressiver auftreten, weil er sich als unverwundbar wähnt. Das betrifft die Unterstützung radikaler Gruppierungen oder die Einmischung in lokale Konflikte. Ein ähnliches Verhalten war 1999 bei Pakistan festzustellen, als es 1999 mit der Kargil-Krise den Konflikt in Kaschmir eskalierte, kurz nachdem es 1998 seine erste Atombombe getestet hatte.
- Ein nuklear bewaffneter Iran würde einen Rüstungswettlauf in der Region auslösen. Saudi Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Ägypten und die Türkei würden ernsthaft über eigene Nuklearwaffenprogramme nachdenken.

- Israel würde sich bedroht fühlen und könnte einen Präemptionsschlag gegen den Iran führen, der die USA in einen potentiellen Krieg hineinziehen würde.
- Sollte der Iran Nuklearwaffen erlangen, wäre dies ein Schlag gegen den Atomwaffensperrvertrag (NPT), da andere Staaten dem Vorbild des Iran folgen könnten. Der NPT verbietet Nuklearwaffenstaaten, Nukleartechnologie an Nichtnuklearwaffenstaaten weiter zu geben (Art. I) und diesen, solche zu erwerben (Art. II).

Der rüstungskontrollpolitische Kontext

Der Iran hat wesentlich dazu beigetragen, dass die USA und die Weltgemeinschaft insgesamt Misstrauen gegen ihn hegen. Mittlerweile gibt es fünf Resolutionen des UN-Sicherheitsrates, die den Iran vor einem Nuklearwaffenprogramm warnen. Drei Resolutionen sehen Sanktionen vor. In der Vergangenheit hat der Iran der IAEA immer wieder Information über bestimmte Aktivitäten verweigert (z.B. das Sprengstoffprojekt „grünes Salz“). Weiters weigert sich der Iran das Zusatzprotokoll zum NPT, das Zufallsinspektionen vorsieht, zu ratifizieren, nachdem er es 2003 unterzeichnet hatte, und weiter, dem umfassenden nuklearen Teststoppabkommen (CTBT) beizutreten.

Das Nuklearprogramm hat der Iran tatsächlich seit 2002-2003 massiv ausgebaut. Der Iran behauptet, dass es ausschließlich friedlichen Zwecken zur Energiegewinnung dient. Gerade in dieser Zeit hat die Administration Bush in den USA den Iran auf die „Achse des Bösen“ (2002) gesetzt und den Krieg gegen den Irak 2003 mit dem Argument begonnen, dass er Massenvernichtungswaffen entwickeln würde. Der Iran könnte wohl, so wie Nordkorea, den Schluss gezogen haben, dass es besser sei Nuklearwaffen zu besitzen, um eine solche Intervention abschrecken zu können. Wenn diese Vermutung zutrifft, wäre es ein Indiz dafür, dass der Iran tatsächlich ein militärisches Nuklearwaffenprogramm verfolgt.

Der Iran verfolgte aber nicht den Weg Nordkoreas, das 2003 den NPT verließ, bevor es einen Nuklearwaffentest durchführte. Der Iran nützt aber ein Schlupfloch des NPT aus, der die Entwicklung friedlicher Nukleartechnologie nicht nur ermöglicht, sondern sogar ermuntert (Art. IV). Wie unsicher die internationale Staatengemeinschaft über das Programm des Iran ist, zeigt, dass die amerikanischen Nachrichtendienste („National Intelligence Estimate“) Ende 2007 in einem Bericht feststellten, dass der Iran seit 2003 kein waffenfähiges Nuklearprogramm verfolge. Allerdings betonte der Bericht der IAEA sowie deren Generalsekretär El Baradei im Juni 2009, dass der Iran eine solche „Technologie“ anstrebe.

Der NPT sieht im Art. VI aber auch eine *Abrüstungsverpflichtung* vor, die verlangt, dass die Nuklearwaffenstaaten in ernsthafte Verhandlungen darüber eintreten. Nicht nur der Iran, sondern viele blockfreie Staaten haben den Nuklearwaffenstaaten vorgeworfen, diesen Verpflichtungen nicht nachzukommen, und immer wieder darauf verwiesen, dass sie mit zweierlei Maß messen würden, und ihnen verweigern, was sie sich selbst zugestehen („Haves and Have Nots“). Das führte zum Versprecher des iranischen Vertreters bei den internationalen Organisationen in Wien, Soltanieh, im Juni 2009, dass der Iran ein „Recht auf ein Nuklearwaffenprogramm“ hätte, den er aber gleich korrigierte. Die blockfreien Staaten haben auch das indische Beispiel vor Augen. Indien, das so wie Pakistan nach den Atomwaffentests 1998 mit Sanktionen belegt worden war, konnte nun mit den USA 2008 ein Abkommen über die Lieferung ziviler Nukleartechnologie schließen, obwohl es den Inspektoren der IAEA zum militärischen Teil keinen Zugang gewährt. Es ist nicht dem NPT beigetreten, reichert Uran an, bereitet Plutonium auf und strebt die Bewältigung des gesamten Brennstoffkreislaufes an. Zudem testet und besitzt es strategische Langstreckenraketen. All

das war Indien so wie Pakistan in der UN Resolution 1172 verboten worden. Einige Nichtnuklearwaffenstaaten, wie möglicherweise der Iran, stellen sich die Frage, warum Indien erlaubt ist, was sie selbst nicht dürfen.

Die Reaktion Obamas

U.S. Präsident Obama ist dieser Widerspruch bewusst. Er versuchte ihn in zwei sehr überlegt geplanten Reden anzusprechen. In seiner *Rede in Prag* im April 2009 forderte er eine Welt, die frei von Nuklearwaffen ist sowie ernsthafte Abrüstungsgespräche und -schritte. In seiner *Rede in Kairo* zwei Monate darauf forderte er den Iran auf, kein Nuklearwaffenprogramm zu entwickeln, stand ihm aber ein ziviles Nuklearprogramm zu. Damit hatte Obama alle drei Säulen des Atomwaffensperrvertrages angesprochen: *Nichtverbreitung, Recht auf friedliche Nutzung und Abrüstung*.

Im *globalen rüstungspolitischen Kontext* sind diese Schritte nicht leicht durchzusetzen. Für Abrüstung braucht Obama Russland. Die USA und Russland besitzen 95 Prozent der Nuklearwaffen. Für einen Vertrag zur Reduktion der Anzahl von strategischen Nuklearsprengköpfen und Trägersystemen verlangt Russland die Einbeziehung des *Raketenabwehrschildes*. Dieser sei aber laut USA gegen Raketen aus dem Iran gerichtet. Also versucht Obama in einem Gesamtpaket, Russland dafür zu gewinnen, dass es auf den Iran Druck ausübt, keine Nuklearwaffen zu entwickeln. Dann würde es den USA leichter fallen, auf Teile des Raketenabwehrschildes zu verzichten und folglich weitere Abrüstungsschritte vornehmen zu können.

Obamas Strategie gegenüber potentiellen Gegnern hat er in der *Rede in Berlin* im August 2008 mit dem Begriff „Engagement“ umschrieben. Für den Iran heißt das, *Diplomatie und Gespräche* ohne Vorbedingungen. Die „Iraq Study Group“ hat bereits 2006 die Strategie, mit den Nachbarstaaten des Irak Gespräche aufzunehmen, vorgeschlagen; sie wurde aber von der Administration Bush ignoriert. Sie beruht auf der Annahme, dass in der Region ohne den Iran keine dauerhafte Lösung möglich sei. Das betrifft den Irak, aber auch Afghanistan, Pakistan und den Nahostfrieden. Diese Schlussfolgerungen beruhen ausschließlich auf *geopolitischen Annahmen* und lassen die Fragen von *Demokratie* und inneren Freiheiten außer acht. *Obama weiß, dass er die Nuklearfrage mit jedem Regime verhandeln muss.*

Außenministerin Hillary Clinton hat bei ihrer Anhörung vor dem Senat im Jänner 2009 die von der Welt begrüßten drei „D“ in dieser Reihenfolge geprägt: „diplomacy, development (zivile Maßnahmen), defense.“ Die Frage der Demokratisierung war von der Bush Regierung diskreditiert worden, weil damit der Krieg im Irak verbunden wurde. Dennoch hat Vizepräsident Joseph Biden bei der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar noch „democracy“ hinzugefügt, gleichzeitig aber betont, dass die USA darunter nicht gewaltsame Demokratisierung verstünden. Es gibt natürlich immer *Spannungen zwischen Diplomatie und Demokratie*, da die USA auch mit Nichtdemokratien diplomatische Beziehungen pflegen müssen, wollen sie nicht überall vorher einen Regimesturz herbeiführen. So hat Hillary Clinton vor ihrer Chinareise im Frühling 2009 auch gesagt, dass die Frage der Menschenrechte den anderen Themen nicht übergeordnet sein dürfe.

Obama ist sich des *Spannungsfeldes zwischen Geopolitik und inneren Freiheiten* im Iran durchaus bewusst und hat daher angemessen reagiert, indem er das Recht auf Demokratie und Freiheiten verteidigte und Gewalt verurteilte. Er wollte aber auch den Eindruck vermeiden, dass sich die USA in die inneren Angelegenheiten des Iran einmischten. Erinnerungen an die Beteiligung der CIA am Sturz des gewählten Präsidenten Mossadegh 1953, für die sich Obama in Kairo entschuldigt hatte, oder gar an den Irakkrieg könnten wach werden. Eine

andere Analogie wäre Ungarn 1956, als die USA die Aufstandsbewegung ermutigte, nichts aber gegen ihre Niederschlagung tun konnte. Ähnliches gilt für den Schiitenaufstand im Irak 1991. Der Protest könnte außerdem, noch leichter als er es ohnehin tut, als U.S. gesteuert hingestellt werden.

Würden Freiheiten und Menschenrechte immer der Diplomatie übergeordnet werden, hätten die USA niemals mit Mao Tse Tung, Stalin oder mit China nach dem Tienamenmassaker 1989 sprechen dürfen.

Die militärischen Optionen

Mit schärferen Sanktionen gegen den Iran im Herbst 2009 hat Obama gedroht, falls Diplomatie völlig erfolglos bleibt. Eine militärische Option hat er nie wirklich ausgeschlossen, wenn sie auch die schlechteste Option bleibt. *Luftschläge* gegen vermutete Nukleareinrichtungen werden militärisch als nicht signifikant eingestuft, da ein Nuklearwaffenprogramm bestenfalls verzögert, aber nicht verhindert werden kann, wenn die entscheidenden Anlagen überhaupt bekannt sind. Eine *militärische Invasion* ruft sogleich die Kriege in Vietnam und den Irak in Erinnerung. Eine Invasion, wie sie seit Jahren von Falken und Neokonservativen gefordert worden war, hätte wahrscheinlich die Entstehung einer Freiheitsbewegung erfolgreich verhindert. Viele von den Demonstranten wären auch unter den Opfern gewesen.

Sollte der Iran tatsächlich Nuklearwaffen größeren Ausmaßes entwickeln, bleiben noch die Strategien der *Eindämmung* und der *Abschreckung*. Ein Einsatz würde mit der Androhung des Gegenschlages und damit der Vernichtung beantwortet. Da jedes Regime am Überleben interessiert ist, ist ein tatsächlicher Einsatz irrational und unwahrscheinlich. Hillary Clinton hat ähnliches bereits im U.S. Wahlkampf angedeutet, als sie sagte, dass „der Iran ausgelöscht werden würde, sollte er Nuklearwaffen gegen Israel einsetzen.“ Die Äußerung wurde aber wegen ihrer harten Formulierung kritisiert. Wirtschaftlich und politisch sollte entsprechend der Eindämmungsstrategie das Regime durch Sanktionen schwach gehalten werden und Proliferation durch Exportkontrollen („Proliferation Security Initiative“, UN Sicherheitsratsresolution 1540) verhindert werden.

Wechselhafte amerikanisch-iranische Beziehungen

Die Beziehungen der USA zum Iran waren nach 1945 immer durch *Konflikt und vorsichtige Annäherung* geprägt:

- Der von den USA 1953 mitverursachte Sturz des gewählten islamischen Präsidenten Mossadegh lastete wie ein Alp auf dem Verhältnis nach dem Sturz des Schah 1979. Obama hatte sich in seiner Rede in Kairo dafür entschuldigt.
- Die islamische Revolution 1979, verbunden mit der Geiselnahme von amerikanischen Diplomaten, durch die iranischen Revolutionäre 1979-1981 belastete die Beziehungen nachhaltig.
- Umgekehrt hatten die USA im Krieg gegen den Irak in den achtziger Jahren Partei für Saddam Hussein ergriffen.
- Paradoxerweise gab es eine Annäherung 1986 unter Präsident Reagan, als er dem Iran Waffen lieferte, deren Erlös wiederum den nikaraguanischen Kontras zugute kommen sollte („Iran-Contra Affäre“).

- Die Annäherungsversuche Präsident Clintons in den neunziger Jahren vor allem an Präsident Khatami (seit 1997) wurden immer wieder unterbrochen durch Terroranschläge, die dem Iran zugeschrieben wurde (wie die auf die Khobar Towers 1996).
- 2001 und 2003 gab es Gesprächsangebote des Iran an die USA. Sie betrafen ein gemeinsames Vorgehen gegen die Taliban, den Libanon, den Irak, den Mittleren Osten aber auch das Nuklearprogramm. Das Angebot war vage und wurde von der Administration Bush gleich zurückgewiesen.
- 2002 wurde der Iran auf die „Achse des Bösen“ gesetzt.
- Während des Irakkrieges nach 2003 beschuldigten die USA den Iran immer wieder, radikale schiitische Milizen im Irak finanziell und militärisch zu unterstützen.

Der Iran wird in der Region ohne stabile Beziehungen mit den USA isoliert bleiben. Das trifft nach den Protestdemonstrationen noch mehr zu als zuvor. Der oppositionelle Präsidentschaftskandidat Moussavi wollte dieses Verhältnis verbessern, ohne aber das Nuklearprogramm an sich in Frage zu stellen. Aber auch die USA erkennen, dass die Region kaum ohne geordnete Beziehungen mit dem Iran nicht zu stabilisieren ist. Die USA und der Iran haben das richtige *Verhältnis von Distanz und Nähe* entsprechend dem *Gleichnis der Schopenhauerschen Stachelschweine* noch nicht gefunden. Wenn eine politische Annäherung gefunden ist, kann es auch einen Kompromiss beim Nuklearprogramm geben, wie etwa geringe Urananreicherung unter starker Kontrolle der IAEA.

Univ. Prof. Heinz Gärtner ist Sicherheits- und USA Experte des Österreichischen Instituts für Internationale Politik (öiip) und Autor des Buches „Obama – Weltmacht auf neuen Wegen!“ (lit-Verlag, 2. Auflage, 2009).

Folgende weitere Kurzanalysen sind kürzlich erschienen:

Juni 2009:

- Obama: A New Beginning? (John Bunzl/Cengiz Günay)
- Apropos NATO: Was verändert sich mit Obama? (Heinz Gärtner)

Mai 2009:

- Obamas Vision einer nuklearwaffenfreien Welt (Heinz Gärtner)

April 2009:

- Die Türkei: Der Besuch von Präsident Obama. Hintergrund, Auswirkungen, die außenpolitische Rolle der Türkei und ihr Verhältnis zur EU. (Cengiz Günay)